



BISTUM
DRESDEN
MEIßEN



EINE KAMPAGNE FÜR EINEN FAIREN EINKAUF UNSERER KOMMUNEN

Axel Voss, MdEP
Abgeordnetenbüro Brüssel
ASP 15 E 146,
Rue Wiertz,
B-1047 Brüssel

Initiative: Sachsen kauft fair
Büro: Stefanie Licht
Kreuzstraße 7, 01067 Dresden
Tel. 0170 1152241
fairkauf@einewelt-sachsen.de
www.sachsen-kauft-fair.de

Dresden, den 21.02.2023

Sehr geehrter Herr Voss,

die Allianz „Sachsen kauft fair“ setzt sich für die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards bei der öffentlichen Beschaffung in Sachsen ein. Die Allianz besteht aus der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, dem Bistum Dresden-Meißen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Bezirk Sachsen, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Sachsen e.V. und dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V. Da Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden entlang globaler Produktionslinien traurige Realität sind, wenden wir uns heute mit einem Appell an Sie.

Die Europäische Union hat sich zum Schutz der Menschenrechte und einer globalen nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Im Angesicht der aktuellen Krisen sind diese Ziele wichtiger denn je. Doch europäische Unternehmen stehen leider häufig für das Gegenteil: Viel zu oft nehmen sie in ihren Lieferketten gefährliche Arbeitsbedingungen, ausbeuterische Kinderarbeit oder zerstörte Regenwälder in Kauf, obwohl sie durch ihre Marktmacht die Möglichkeit hätten, diese Zustände zu beeinflussen. Den Preis dafür zahlen die Menschen, die Umwelt, das Klima – und letztlich wir alle.

All das muss nicht so sein. Die EU hat die historische Chance, diesen Zuständen mit einem wirksamen EU-Lieferkettengesetz ein Ende zu setzen. Im vergangenen Jahr haben sich die Kommission und der Rat zu dem Vorhaben positioniert. Doch die von Ihnen im Rechtsausschuss eingebrachten Vorschläge würden das Vorhaben nahezu wirkungslos machen. Selbst das ohnehin lückenhafte deutsche Lieferkettengesetz müsste dann weiter abgeschwächt werden.

Entsprechend Ihren Vorschlägen würde das EU-Lieferkettengesetz erst ab 2033 vollständig in den Mitgliedstaaten angewandt werden – das ist viel zu spät! Vollumfänglich sollen die Sorgfaltspflichten nur mit Blick auf direkte Geschäftspartner gelten, so wie bei dem deutschen Gesetz. Tiefer in der Lieferkette müssten Unternehmen erst dann aktiv werden, wenn sie von dortigen Menschenrechtsverletzungen erfahren. Das heißt: Wenn der Schaden schon eingetreten ist. Dies gibt einen Anreiz zum Wegschauen. Außerdem kommt es auch in Europa zu moderner Sklaverei, z.B. beim Obst- und Gemüseanbau. Deswegen dürfen sich die Sorgfaltspflichten von Unternehmen nicht, wie von Ihnen gefordert, nur auf das Gebiet außerhalb Europas erstrecken. Schließlich beantragen Sie Klimaschutzmaßnahmen aus der Richtlinie zu streichen. Auch angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Klimakrise sind diese Forderungen für uns inakzeptabel.

Als Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, entwicklungspolitischen- und Umweltorganisationen sind wir der festen Überzeugung: Es darf sich für Unternehmen nicht länger lohnen, Geschäfte auf dem Rücken von Menschen und Natur zu machen. Denn Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung bringen nicht nur die christliche Weltverantwortung auf den Punkt, sondern spiegeln sich auch in internationalen Arbeits- und Umweltrechten wider. Gemeinsam treten wir deshalb für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ein. Für uns heißt das: Das Gesetz muss ausnahmslos die gesamte Wertschöpfungskette erfassen. Es muss präventiv wirken, also Menschenrechtsverletzungen sowie Umwelt- als auch Klimaschäden verhindern, bevor diese eintreten. Und es muss Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen eine realistische Chance geben, Schadensersatz von den Unternehmen zu erstreiten, die sie geschädigt haben – und zwar vor Zivilgerichten in der EU.

Wir appellieren an Sie: Bitte überdenken Sie Ihre Vorschläge zum geplanten EU-Lieferkettengesetz und setzen Sie sich für eine wirksame Regelung ein!

Mit erwartungsvollen Grüßen,



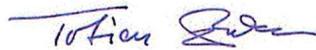
Markus Schlimbach
Vorsitzender DGB Sachsen



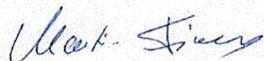
Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt
Vorsitzender BUND Sachsen



Heinrich Timmerevers
Bischof von Dresden-Meißen



Tobias Bilz
Landesbischof, Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens



Martin Finke
Vorsitzender Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.